Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik,
Unterhaltung. Geschäftsverkehr. Börsenbericht. Fremdenliste.

Pferdedecken,
Reisedecken,
das grösste Lager am Platze,
empfiehlt
W. Metzler,
Altmarkt 15.
Preisliste gratis und franco.

Prof. Dr. Jäger's
Kameelwollene Schlafdecken
à 16, 18, 21 Mark
Osc. Lehmann, Schloss-Strasse 21.

Weihnachts-Geschenke
in reichster Auswahl

Julius Schädlich,
am See 40.
Petroleum-Lampen.
Kerzen-Kronleuchter.

Louis Herrmann Nachfolger Robert Hoffmann, Kgl. Hoflief., **Seestrasse,** gegenüber dem Victoria-Hôtel.

Nr. 339. 30. Jahrgang. Auflage: 41,500 Expl. | Aussichten für den 5. December: Westwind bei durchschnittl. starker Bewölkung, mit ausgebreiteten und anhaltenden Niederschl. Temperatur wenig verändert. Bemerkungen: Windstärke zeit- und stellenweise stürmisch. | Dresden, 1885. **Sonnabend, 5. Decbr.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden

Eine Folge der kaiserlichen Botschaft ist unverkennbar: die Polen selbst sind auffällig still geworden. Schon bei der Berathung eines anderen polnischen Antrages über Gleichberechtigung des Polnischen als Gerichtssprache waren die Befürworter merklich zurückhaltend, sie sprachen sachlich, nicht aufreizend, und das Centrum legte sich nicht für sie ins Zeug. Auch die polnischen Blätter, sogar die Wiener, die etwas freier von der Leber weg sprechen können, äußern sich über die Bismarck'schen Erklärungen betreffs der Polenausweisungen höchst maßvoll. Wenn sie daran die Versicherung knüpfen, die Polen ließen sich nicht entmuthigen, sondern würden alle Kräfte zur Fortentwickelung ihrer Nationalität zusammenraffen, so ist das begreiflich, mahnt aber die Deutschen an ihre Pflicht, in der Wachsamkeit für Erhaltung der eigenen Nationalität nicht laß zu werden. Daß die Sozialdemokraten polnischer als die Polen und das Centrum selbst sind und mittelst eigenen Antrags den Fürsten Bismarck bitten, die Massenausweisungen der Polen wieder rückgängig zu machen, entspricht der Vaterlandslosigkeit der Sozialdemokratie. Sie geht darauf aus, eine Handlung deutsch-nationaler Nothwehr zu hintertreiben. Die Kaiserbotschaft war aber nicht blos bestimmt, die Polenanfrage aus dem Reichstage zu entfernen; allmählig kommt man dahinter, daß ihr Hauptzweck war, den nationalliberalen Einheitsstaatsbestrebungen einen Keulenschlag aufs Haupt zu geben. Sie ist eine hochbedeutsame Verkündigung der föderalistischen Politik im Reiche, ein kaiserlicher Protest gegen die Centralisation, eine Bürgschaft für die Erhaltung aller bestehenden Rechte der Einzelstaaten. Der Kaiser lehnt im Namen der Bundesfürsten alle weiteren Preisgebungen landesherrlicher Hoheitsrechte an das Reich für die Zukunft ab. Der König von Preußen, der zugleich der Schöpfer des deutschen Reichs und sein erster Kaiser ist, bekannte sich in unabänderlicher Weise zu dem Prinzip des Bundesstaats, wie er in der Reichsverfassung ausgedrückt ist. Er that dies mit gutem Grunde zu einer Zeit, da man in merkwürdig ungenirter Weise bereits über den Thronwechsel spricht. Kaiser Wilhelm hat mit seiner Botschaft seinen Thronerben als Summe seiner Regentenweisheit die Unantastbarkeit des Bundesstaatscharakters hingestellt. Jeder künftige Träger der deutschen Kaiserkrone wird den Willen des erhabenen Errichters des Reichs zu ehren haben und damit ist für die freudige Mitarbeit aller Stämme und Staaten an den nationalen Aufgaben des Reichs die unumgängliche Voraussetzung gewährleistet.

Eine starke Klammer für den inneren Zusammenhalt des Reichs bilden unzweifelhaft die sozialen Reformen, an denen wir Bundesrath wie Reichstag und in letzterem alle Parteien thätig sehen. Eine Befriedigung tiefgefühlter Bedürfnisse breiter Volksschichten durch das Reich ist in hohem Grade geeignet, diesem die Herzen des Volks immer stärker zuzuwenden. Seit zwei Tagen debattirt der Reichstag die sozialpolitischen Anträge, die von allen Parteien — mit Ausnahme der verkalkten Fortschrittspartei — eingebracht sind. Es werden lange akademische Vorträge gehalten. Ihre ausführliche Wiedergabe in den Parlamentsberichten ist unmöglich; die Betrachtungen, welche die Zeitungen an die Berathungen zu knüpfen haben, können auch nur lückenhaft ausfallen. Zudem handelt es sich um Gegenstände, die theils unzählige Male schon besprochen worden sind, oder die, um ihre Gedanken in Gesetzesparagraphen auszusprechen, gründlicher Einzeluntersuchungen bedürfen. Man braucht blos die hauptsächlichsten Stichworte: Arbeiterschutzgesetzgebung, Maximalarbeitstag, Minimallöhne, Sonntagsruhe, Verbot von Kinderarbeiten in den Fabriken, Beschränkung der Frauenarbeit, Handwerkerfrage rc. zu nennen, um die Unerschöpflichkeit der Gesichtspunkte anzudeuten. Versucht man es, die Mannigfaltigkeit des Stoffes nach einigen großen, durchgehenden Zügen zu ordnen, so ergiebt sich ungefähr folgendes Bild: Der Bundesrath sucht den Schwerpunkt seiner sozialen Reformen in der Ausdehnung und Fortführung der Unfallversicherung mit der Perspektive auf ein Arbeiter-Invaliditäts- und Altersversorgungsgesetz. Andererseits trachten die Reichstagsparteien in erster Linie nach Erzielung von Arbeiterschutzgesetzen des verschiedensten Umfanges. Sie gehen davon aus, daß, so nützlich auch die Reformen auf dem vom Bundesrathe für sich ausgesuchten Felde sind, es weit richtiger und nothwendiger gewesen wäre, man hätte mit den Arbeiterschutzgesetzen angefangen; verhütete man es, daß so viele Tausende in ihrer Arbeitskraft vorzeitig geschädigt werden, so würde nicht ein so hoher Prozentsatz den Kranken- und Unfallkassen anheimfallen. Das ist ein wesentlicher Unterschied zwischen den Anschauungen von Bundesrath und Reichstag. Dem ersteren ist eine Unthätigkeit in der von ihm begonnenen Richtung nicht vorzuwerfen; umsomehr beklagt man seine Gleichgiltigkeit gegen den Arbeiterschutz. Der will's gar nicht vorwärts gehen. Selbst bei der so einfachen Sache, ob Gottes Gebot von der Sonntagsheiligung im deutschen Reiche durchgeführt werden soll? wird eine breitspurige Enquete veranstaltet, die im Reichstage nicht dem Vorwurfe entging, daß ihre Fragestellung eine tendenziös zugestutzte war. Vielseitig hat ja die Fragestellung den Eindruck erzeugt, als ob der Reichsregierung Auskünfte erwünscht seien, die sich gegen die strengere Durchführung der Sonntagsruhe verwerthen ließen! Damit hat sich die Sache so weit hingezogen, daß erst in einigen Wochen das Ergebniß der Untersuchung dem Reichstage vorgelegt werden kann, so daß auf diesem Reichstage ein Sonntagsruhegesetz nicht mehr zum Abschluß zu bringen ist. Und doch ist dieses nur der Anfang der Schonung der menschlichen Arbeitskraft! Der Staatssekretär von Bötticher gab zwar über die Sonntagsruhe nicht mehr jene crass-manchesterlichen Anschauungen zum Besten, wie sie z. B. dem Fürsten Bismarck den dröhnenden Beifall der Freihändler und Fortschrittler eingetragen hatten. Aber wenn auch das schmerzliche Zucken, das damals durch die Herzen aller christlichen Patrioten ging, seinen Eindruck nach oben hin nicht verfehlt hat — man hört aus den Aeußerungen des Bismarck'schen Stellvertreters doch die Ablehnung heraus. Wenn sich aber Konservative, Centrum und Sozialdemokraten in der Ueberzeugung begegnen, daß die jetzige Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft unchristlich, unwürdig und gemeinschädlich ist, daß sie der Wehrhaftigkeit der Nation Abbruch thut, zur Verarmung führt, das Massenelend und die Vermehrung der Verbrechen zur Folge hat — dann sollte man zur Beseitigung dieser unleugbaren Uebelstände Etwas mehr leisten, als allgemeine wohlwollende Versicherungen. Es ist zuzugeben, daß ein Theil der sozialdemokratischen Anträge lediglich agitatorische Zwecke verfolgt, daß sie z. B. wegen des Minimallohns unausführbar sind — aber dem ist nicht entgegenzuwirken durch das Hinausschieben auf die lange Bank, durch Verschleppung mittelst der beliebten Enqueten, sondern durch ein unverzagtes Inangriffnehmen dieses Theiles der Sozialgesetzgebung mit dem frischen, redlichen Willen, sie durchzuführen. Das Ende der Verhandlungen wird die Verweisung aller sozialpolitischer Anträge an eine Kommission sein.

Die Parteinahme Oesterreichs für den serbischen Unruh stifter hat in Bulgarien hochgradige Entrüstung erzeugt. Man findet es einer Großmacht unwürdig, Serbien durch Rathschläge und durch Unterstützung einer Anleihe erst zum Kriege zu treiben und, nachdem der Schützling Prügel statt Lorbeeren heimbringt, dem Sieger in den strafend erhobenen Arm zu fallen. Von billigen Friedensbedingungen wollen die Serben, deren sich geradezu eine Begriffsverwirrung bemächtigt hat, gar nichts wissen. Die Lage verwickelt sich durch die Zustände in Ostrumelien. Erst ernennt die Pforte zu ihrem Kommissar daselbst einen hierzu ganz unfähigen Menschen, Djevdet Pascha; ehe sich derselbe aber nach Philippopel begiebt, läßt er die Dinge dort auskundschaften und geht jetzt mit einer Hand voll Gendarmen dahin. Hier wird er sofort bedeutet, daß die Ostrumelioten, die ihr Blut gemeinsam mit den Bulgaren vergossen haben, nicht von ihnen getrennt bleiben wollen, und daß daher der türkische Kommissar dort nichts zu suchen habe. Sollte die Türkei Truppen dorthin werfen, so wäre das Signal zum Einmischen der anderen Mächte gegeben.

Die Tonkin-Kommission in Paris verhört Generäle, Admirale und Minister über ihre Meinung, ob Tonkin und Annam zu räumen sei? Anfangs schien es, als ob die schleunigste Aufgabe dieser Eroberungen im allgemeinen Willen des französischen Volks läge; neuerlich ist aber ein Umschwung eingetreten. Die Ehre Frankreichs ist engagirt — dieses Wort übt noch immer einen Zauberklang auf alle Franzosen aus. Sensationell wirkte die Anklage des Generals Brière de l'Isle, daß der von den Radikalen als zu sich gehörend betrachtete Oberst Herbinger ein Gewohnheitssäufer sei, der in völliger Betrunkenheit die Räumung Langsons befohlen und die Fahnen Frankreichs besudelt hat. Der Schluß, den die Regierung aus dem Vorkommnisse zieht, ist: schicken wir einen nüchternen General nach Tonkin, um es zu behalten.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr.“ vom 4. Decbr.

Berlin. Reichstag. Man setzte die Berathung über die Arbeiterschutzgesetze fort. Abg. Czegielski hält eine Reform der bezüglichen Gesetze für nothwendig und beantragt die Kommissionsberathung. — Abg. Bamberger ist gegen die Vorlage, welche direkt auf den sozialistischen Zwangsstaat hinführe und geeignet sei, die Einzelkraft des Menschen zu schwächen. Man könne die soziale Frage durch Gesetzesfragen nicht lösen. Ueber die Beschränkung der Kinderarbeit ließe sich in der Kommission diskutiren, doch solle man die Sache nicht so weit treiben und dadurch den Erwerb schmälern. Die Frage der Kinderarbeit werde vielleicht eine befriedigende Lösung finden können, aber sei es nicht humaner, die Kinder arbeiten als betteln gehen zu lassen? Theoretisch sei der Ausschluß der Frauen von der Fabrikarbeit richtig, aber den Frauen müsse doch die Möglichkeit gelassen werden, sich Verdienst zu verschaffen. Die Frauen protestirten auch gegen Aufdrängung eines Schutzes, den sie nicht wollen. Bezüglich des Normalarbeitstages machten die gestatteten Ausnahmen meist die Regel illusorisch. Generelle Vorschriften auf diesem Gebiete schädigten die Arbeiter selbst. Die Anträge liefen auf polizeiliche Beschränkungen hinaus. Dr Hartmann und Kayser, die in einer Versammlung für den freien Sonntag der Handlungsgehilfen eintraten, unterschieden sich nur darin, daß Hartmann die reale Polizei der kgl. sächs. Regierung, Kayser aber eine ideale Polizei der Zukunft im Auge habe, die nach Verwirklichung vielleicht unangenehmer wäre als die reale Polizei Dr. Hartmann's. — Dr. Kropatschek plaidirt für eine weitergehende Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit. Der Maximalarbeitstag werde über kurz oder lang kommen. Es würde schon ein gutes Resultat sein, wenn Erhebungen über die bezüglichen thatsächlichen Verhältnisse veranlaßt würden. Die Anträge enthielten des Guten zu viel, dieses Zuviel könne leicht schaden. Werde der Schutz der Frauen und Kinder in dieser Session erreicht, so sei das schon sehr viel. Etwas Gedeihliches werde nur auf dem Boden des Christenthums erzielt. — Böttcher (nationall.) sagt zwar eine eingehende Prüfung bei seiner Mitarbeit zu, fürchtet aber, daß die gestellten Anträge mehr schaden als nützen. Die Ausschließung der Kinder von der Fabrikarbeit überliefere dieselben der Hausindustrie. Aus kontrolirbaren Fabriksälen werden sie oft in dunkle, ungesunde Wohnräume überpflanzt. Die Anweisungen eines tüchtigen und mit den individuellen Verhältnissen vertrauten Fabrikinspektors seien viel mehr werth als die vorgeschlagenen gesetzlichen Normen. — Winterer (Elsässer) für die Centrums-Anträge ebenso Hertling und Auer, der im Schlußwort bemerkt, daß in der Missionsdebatte das Zwiegespräch zweier alter Herren einen ganzen Sitzungstag beanspruchte und mich wegen solcher Beurtheilung der Debatten des Hauses vom Präsidenten monirt. Die Anträge werden schließlich an eine besondere Kommission verwiesen. — Jagdzewski beantragt auf die morgige Tagesordnung die Besprechung der Interpellation über die polnischen Ausweisungen zu setzen. Der Antrag wird gegen die Stimmen der Polen und Sozialdemokraten abgelehnt. Morgen Etat.

Wien. Khevenhüller wurde vom Kaiser in Audienz empfangen und reist morgen nach Belgrad zurück. Khevenhüller erklärte dem Grafen Andrassy, daß für Serbien eine rasche Herstellung des Friedens dringend geboten sei, weil sonst der Bürgerkrieg in Aussicht stehe.

Sofia. Die Antwort des Fürsten Alexander auf das Schreiben des Großveziers vom 1. Dez. betont, daß der Fürst seinem Worte getreu die Entschließungen des rumelischen Volkes in keiner Weise beeinflussen werde und empfiehlt dringend die Absendung eines kaiserlichen Kommissars nach Philippopel bis nach Abschluß des Friedens zu verschieben.

Belgrad. Das Ministerium ist nach Belgrad zurückgekehrt. Die Führer der Fortschrittspartei treten demnächst zusammen, um sich mit der Frage zu beschäftigen, ob bei Fortsetzung des Krieges ein reines Parteikabinet oder Koalitionsministerium zu bilden sei.

Berliner Börse. Die schwache Haltung der heutigen Börse war vorzugsweise durch den Ausfall der englischen Wahlen, welche eine liberale Majorität in Aussicht stellen, sowie durch die englischen Meldungen von russischen Rüstungen veranlaßt. Rückgänge waren nur in russischen Werthen erheblicher. Spekulative Banken waren abgeschwächt, von Bahnen befestigten sich später Ostpreußen und Elbethal. Dux er waren anhaltend fest, Bergwerke still. Im Kassaverkehre waren Bahnen ruhig, österreichische gut behauptet, Banken geschäftslos, Industrien vernachlässigt, österreichische Prioritäten wenig verändert. Privatdiskont 2¼.

Frankfurt a. M., 4. December. Credit 230⅝. Staatsbahn 231. Lombarden 105. Galizier 182½. Egypter 64½. 4proc. Ungar. Goldrente —,—. Gotthardbahn —,—. Disconto 198,18. Darmstädter —. Ruhig.

Wien, 4. December. Credit 285,80. Staatsbahn 272,80. Lombarden 134,75. Nordwestb. 167,25. Marknoten 61,50. Ung. Credit 288,50. Ruhig.

Paris, 4. Decbr. Schluß. Rente 80,30. Anleihe 109,55. Italiener 96,60. Staatsbahn 556¼. Lombarden 262½. Do. Prioritäten —,—. Spanier 53⅛. Oest. Goldrente —. Egypter 322,00. Ottomanen 496,00. Flau.

London, 4. December. Vorm. 11 Uhr 10 Min. Consols 99⁷⁄₁₆. 1873er Russen 93½. Italiener 95⅝. Lombarden 11⁷⁄₁₆. Konv. Türken 13⅝. 4proc. fundirte Amerikaner 127½. 4proc. Ungar. Goldrente 79½. Oesterr. Goldrente 87. Preuß. Consols 103½. Egypter 63¹¹⁄₁₆. Ottomanbank 27½. Suez-Actien 83. Platzdiscont 2⅝. — Stimmung: Rege. Wetter: Regen.

Breslau, 4. December, Nachm. (Getreidemarkt). Spiritus pr. 100 Liter 100 Proc. pr. December-Januar 37,00, pr. April-Mai 39,20, pr. Mai-Juni 41,10. Roggen pr. April-Mai 136,00, pr. Mai-Juni 130,00. Rüböl loco pr. December u. April-Mai 46,50. Zink fest. — Wetter: Schön.

Stettin, 4. Dec., Nachm. 1 Uhr. (Getreidemarkt). Weizen unverändert, loco 134—146, pr. December-Januar 153,50, pr. April-Mai 158,00. Roggen matt, loco 124—128,00, pr. December-Januar 126,50, pr. April-Mai 132,00. Rüböl still, loco pr. December-Januar 44,70, pr. April-Mai 46,00. Spiritus höher, loco 38,00, pr. December-Januar 38,40, pr. April-Mai 40,50, per Juni-Juli 41,60. Petroleum loco verstenert Usance 1½, Proc. 12,15.

London, 4. December. Schluß. Getreide ruhig. Weizen fertig. Angekommener fest. Uebriges träge. — Wetter: Regen.

Lokales und Sächsisches.

— Se. Maj. der König und Se. kgl. Hoheit der Prinz Georg begaben sich am Donnerstag früh in Begleitung der Flügel-Adjutanten, einer Einladung des Majors v. d. Decken auf Hof und Naitzen bei Stauchitz folgend, auf dessen Besitzungen, um an einer Fasanenjagd Theil zu nehmen. Die Rückkehr sollte in den zeitigen Abendstunden erfolgen, wobei das Jagddiner in der kgl. Villa zu Strehlen festgesetzt war.

— Am Mittwoch Abend beehrte Se. Kgl. Hoheit Prinz Friedrich August in Leipzig einen von dem unter Leitung des Schutzmanns Herrn Schatte stehenden Gesangverein „Kameradschaft“ der zweiten Parade der Schutzleute in der „Centralhalle“ abgehaltenen Familienabend mit seinem Besuche. Nachdem das Programm des Abends, aus mannigfachen Vorträgen bestehend, beendet war, erschien der Prinz, hörte noch einige Vorträge an, unterhielt sich längere Zeit mit verschiedenen Mitgliedern und empfahl sich endlich unter brausenden Hochrufen mit freundlichen Dankesworten und Allen einen vergnügten Abend wünschend.

— Dem Landgerichtsdirektor Bernhard Stöckel zu Dresden wurde der Charakter eines Oberjustizraths in der 3. Klasse der Hofrangordnung verliehen. — Der in Sachsen staatsangehörige königlich württembergische Geheime Kommerzienrath Günther in Brüssel erhielt vom König von Belgien das Kommandeurkreuz des Leopoldordens.

— Herr Regierungsrath Dr. Stübel bei der Kgl. Kreishauptmannschaft Dresden ist vom 1. künftigen Monats ab zum Civilvorsitzenden der Kgl. Ober-Ersatz-Kommission im Bezirke der 1. Infanterie-Brigade Nr. 45 ernannt worden.

— Landtag. Das kgl. Dekret über den Bau mehrerer Sekundärbahnen stand gestern in der 2. Kammer zur Verhandlung. Von vornherein wurden der Debatte dadurch engere Grenzen gezogen, daß der Herr Präsident erklärte, nur die im Dekrete erwähnten Bahnen zur Diskussion zulassen zu wollen. Die Generaldebatte eröffnete Abg. Schreck. Er richtete an die Regierung das Ersuchen, sie möchte mit dem Ausbau des sächs. Eisenbahnnetzes etwas schneller vorgehen. Es habe sich die Ansicht herausgebildet, daß die Regierung allein maßgebend sei in der Frage, welche Bahnen gebaut werden sollten. Doch diese Anschauung sei durchaus nicht richtig. Er meine vielmehr, daß die Regierung, wenn die Volksvertretung einmal den Beschluß gefaßt hat, daß und wann eine Bahn gebaut werden solle, nicht in der Lage sei, sich ablehnend zu verhalten. Den Einwand, daß nicht genug technische Kräfte für eine Beschleunigung da wären, lasse er nicht gelten; es könnten ja auch geprüfte Techniker bei den Bahnbauten zur Verwendung kommen, die nicht im Staatsdienste ständen. Wenn man auch nicht für die allernächste Zeit die Wiederkehr des Reichseisenbahnprojektes zu gewärtigen habe, so sei dies doch für die Zukunft nicht ausgeschlossen, und dann werde man einen weiteren Ausbau unseres sächsischen Eisenbahnnetzes nicht mehr zu hoffen haben. Abg. Sekr. Ahnert wünscht, die Regierung möge von ihrem Vorhaben, den Bau einer Linie Kieritzsch-Meuselwitz vorzuschlagen, absehen, denn dadurch werde die bereits bestehende Linie Gaschwitz-Meuselwitz zu Grunde gerichtet. Er giebt der Regierung anheim, ob sie nicht lieber neue Verhandlungen behufs Ankauf der letzteren Linie einleiten wolle. Abg. v. Oehlschlägel bedauert, daß die Regierung trotz der für die Strecke Berthelsdorf-Landesgrenze in Angriff genommenen Vorarbeiten sich nicht entschlossen habe, schon jetzt die betreffende Vorlage einzubringen. Er bittet, zu erwägen, ob es nicht zu ermöglichen wäre, daß die Bahn auch Eppendorf berühre. Mit dem Abg. Schreck glaubt er, daß die Kammer allerdings wenig Einfluß auf die Eisenbahnbauten habe. Dieser Zustand sei dadurch begründet, daß der Landtag keine Kritik an den Eisenbahnpetitionen übe, da sich die 1. Kammer gegen jede Kritik über die Nothwendigkeit der einzelnen Projekte stets ablehnend verhalte. Er bittet die Regierung, wenigstens in dem jetzt eingeschlagenen Tempo fortzufahren. Abg. May: Wenn die Langsamkeit gerügt werde, mit welcher der Bau unseres sächs. Eisenbahnnetzes vorschreite, so liege das nicht an der Finanzdeputation B. Dieselbe habe während des letzten Landtages nach sorgfältiger Prüfung den Bau mehrerer Bahnlinien als dringlich bezeichnet, die erste Kammer jedoch habe sich gegen die Intentionen der 2. Kammer verschlossen. Dieselbe habe die sämmtlichen Petitionen in einen Topf geworfen und es der Regierung anheim gegeben, was sie aus demselben herausnehmen wollte. Das sei eine schlüpfrige Bahn, die man da eingeschlagen habe, denn man begäbe sich eines guten konstitutionellen Rechtes, wenn man Alles der Regierung anheim gäbe. Das Projekt Leipzig-Plagwitz hält er für nicht besonders dringlich. Auch Abg. Philipp meint, man solle es nur offen aussprechen, der Grund für die Verzögerungen liege allein an der 1. Kammer, an welcher alle Bemühungen der 2. Kammer, ein rascheres Tempo in den Eisenbahnbau zu bringen, scheiterten. Abg. Bebel ist mit Abg. Schreck der Meinung, daß der Plan eines Reichseisenbahngesetzes nicht aufgegeben sei. Wenn dasselbe wieder auf der Bildfläche erscheine, werde es eine bessere Aufnahme finden als bisher und zwar deshalb, weil man gefunden habe, daß der Eisenbahnminister Maybach die preußischen Bahnen ausgezeichnet verwalte, daß er vortreffliche Erleichterungen geschaffen, z. B. die Verlängerung der Retourbillets rc. Da könne man nur wünschen, daß auch die anderen Bahnen unter seine Verwaltung kämen. Wenn kein rascheres Tempo bei den Eisenbahnbauten angeschlagen werde, so liege die Schuld zum Theil an der 2. Kammer selbst, da sie stets der 1. Kammer nachgäbe, dann allerdings auch an der 1. Kammer und an der Regierung, denn wenn die Regierung schneller bauen wollte, könnte sie dies auch in der 1. Kammer durchsetzen. Die 1. Kammer sei überhaupt eine Bremse und man müsse danach umgehen, diese Bremse zu beseitigen. (Der Präsident erklärt diesen Ausdruck für unstatthaft.) Ein rascheres Tempo sei überhaupt nicht möglich, wenn nicht eine andere materielle Grundlage für den Eisenbahnbau geschaffen würde, d. h. die Kosten müßten durch Anleihen aufgebracht und nicht von der jetzigen Generation getragen werden. Nachdem Abg. Möbius seiner Freude Ausdruck gegeben, daß die Regierung noch in diesem

Beste Arbeit. Mässige Preise.
Carl Arazim
Photographisches Atelier
Dresden, Amalienstr. 17.
Naturaufnahmen. Vergrösserungen.